



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

27. Sitzung (öffentlich)

2. Mai 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.25 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Zur Tagesordnung (s. Anlagen 1 und 2)

1

Auf Wunsch der FDP-Fraktion verständigt sich der Ausschuss darauf, den Tagesordnungspunkt

"Ein klares Nein zum Entwurf der Waffengesetznovelle"

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2438

heute nicht zu behandeln.

Auf Bitten der SPD-Fraktion vertagt der Ausschuss ferner die Beratung des Punktes

Katastrophale Kriminalstatistik ist Quittung einer jahrzehntelangen verfehlten
Innenpolitik - 10-Punkte-Programm für mehr Sicherheit in NRW

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2375.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Der Ausschuss vertagt die Beratung des Themas "Gesetz zur Stärkung
parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der
Polizei" bis zur Sommerpause.

1 Dringliche Anfrage gemäß Anlage 8 der Geschäftsordnung (s. Anlage 3) "Brauchen wir eine weitere Verschärfung des Waffenrechts?"

2

- Bericht des Innenministers
- kurze Diskussion

2 Aktuelle Viertelstunde (s. Anlage 4)

Hier: Festnahme von Mitgliedern der Terrororganisation "Al Tawhid"

3

- Bericht des Innenministers
- kurze Diskussion

3 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2201

Zuschrift 13/1524

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Festlegung des Termins und der Anzuhörenden den Obleuten bei ihrem Treffen am 7. Mai zu überlassen.

4 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 7

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2280

Vorlage 13/1365

- kurze Diskussion

Der Vorsitzende fasst als Ergebnis zusammen, dass die Beratung nach der Sommerpause fortgesetzt werden soll.

5 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz - LHundG NRW) 9

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2387

Vorlage 13/1350

Zuschriften 13/1419, 13/1435, 13/1484, 13/1485, 13/1493, 13/1494,
13/1498, 13/1500, 13/1505, 13/1506, 13/1507, 13/1508,
13/1512, 13/1513, 13/1514, 13/1517, 13/1523, 13/1525,
13/1533, 13/1537, 13/1538, 13/1540, 13/1541, 13/1542 und
13/1543

In Verbindung damit:

Ein Jahr Landeshundeverordnung in NRW: Nach wie vor schwerwiegende handwerkliche und fachliche Mängel

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1278

Und

**Landeshundegesetz:
Menschen- und Tierschutz in rechtsstaatlicher Partnerschaft**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1308

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung und Abstimmung in der Sitzung am 20.06.2002 vorzunehmen.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NRW)

10

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1520

Vorlage 13/929

Zuschriften 13/1233, 13/1361, 13/1364, 13/1365, 13/1366, 13/1373,
13/1375, 13/1384, 13/1385, 13/139 und 13/1402

Der Ausschuss beschließt, kein Votum abzugeben.

**7 Nur gemeinsam lässt sich die soziale Stadt verwirklichen!
- Integrative Ansätze der Stadtentwicklung unterstützen und fortführen! 11**

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2203

- Diskussion -

Der Ausschuss stimmt der Ziffer I des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP zu.

Der Ziffer II des Antrages stimmen die Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zu. Die CDU-Fraktion enthält sich.

Auch der Ziffer III stimmen die Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zu, während sich die CDU-Fraktion enthält.

**8 Möglichkeiten der Diversion im Jugendstrafverfahren optimal nutzen!
- Durch Prävention und frühzeitiges Gegensteuern Kinderdelinquenz und
Jugendkriminalität wirksam eingrenzen 12**

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2453

- Diskussion

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktion von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.

- 9 Landesnachweis "Engagiert im sozialen Ehrenamt" auch auf kulturelle, sportliche und ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche übertragen** 14

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2492

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

- 10 Änderungen im Hochschulrecht des Bundes transparent und forschungsfreundlich auf Landesebene umsetzen** 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2507

Der Ausschuss verträgt die Beratung bis zum Abschluss der Gespräche zwischen Landesregierung und den Verbänden über eine Änderung des Hochschul- und des Dienstrechts.

- 11 "Die Ruhrstadt" - ein Kommunalverbund auf der Basis freier bürgerschaftlicher Entscheidungen** 15

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2452

Der Ausschuss will die Beratung erst nach der geplanten Anhörung fortsetzen.

12 Mobilitätserziehung in der Schule 15

Antrag
der Fraktionen der SPD
und der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/2501

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

13 Erkenntnisse aus der Regelanfrage bei Einbürgerungsverfahren 16
(s. Anlage 5)

- Bericht einer Mitarbeiterin des Innenministeriums

14 Altersteilzeit für Polizeibeamtinnen und Beamte (s. Anlage 6) 17

- Stellungnahme des zuständigen Abteilungsleiters des Innenministeriums
- Diskussion

15 Sicherheit an nordrhein-westfälischen Bahnhöfen und Flughäfen 19
(s. Anlage 6)

- Auskunft des Innenministers

Innenminister Dr. Fritz Behrens macht in Sachen "Verfassungsschutzbericht" auf die selbstverständlich notwendige Differenzierung zwischen zur Veröffentlichung geeigneten Sachverhalten, deren Bekanntgabe nicht die Arbeit des Verfassungsschutzes beeinträchtigt oder gar vereitelt, und aus Gründen einer erfolgreichen Tätigkeit geheim zu haltender aufmerksam. Letzteres gelte für Al Tawhid.

Einstellungen von Menschen mit einem besonderen Fachwissen und Hintergrund habe es bereits gegeben. Doch erfordere natürlich gerade die Einstellung einer bestimmten Klientel besondere Überprüfungen, die noch andauerten und nicht bei jeder Bewerbung mit einem Arbeitsvertrag endeten.

Um Verständnis bitte er, dass er über Funde von Durchsuchungen nicht im Einzelnen Auskunft erteilen könne; alles andere gefährde die weiteren Ermittlungen.

3 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2201

Zuschrift 13/1524

Entscheidung über Termin und Teilnehmerkreis einer Anhörung

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, die Festlegung des Termins und der Anzuhörenden den Obleuten bei ihrem Treffen am 7. Mai zu überlassen.

4 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2280

Vorlage 13/1365

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, der Vorsitzende des mitberatenden Rechtsausschusses habe mit Schreiben vom 22. März diesen Jahres vorgeschlagen, die Auswertung des Bielefelder Versuchs und einen Bericht des Innenministers dazu abzuwarten.

Jürgen Jentsch (SPD) regt an, die Beratung bis auf den Herbst zu vertagen, da dann die Möglichkeit bestehe, auch den für Juni avisierten Bericht über die Auswertung eines Versuchs mit Videoaufzeichnungsgeräten in Polizeifahrzeugen aus Rheinland-Pfalz einzubeziehen.

F.D.P.- Landtagsfraktion**Judith Pirscher****Referentin für Innen-,****Kommunal- und Rechtspolitik**

Judith Pirscher F.D.P.-Landtagsfraktion Postfach 10 11 43 40202 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 - 2280

Telefax (0211) 884 - 3627

eMail judith.pirscher@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 2. Mai 2002

Herrn**Klaus Stallmann, MdL****Vorsitzender des Ausschusses für Innere
Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform****im Hause**

Sehr geehrter Herr Stallmann,

im Auftrag von Herrn Engel MdL bitte ich Sie, den TOP 10 der Tagesordnung der nächsten Innenausschusssitzung auf die übernächste Sitzung zu verschieben, die uns aufgrund emotionaler Betroffenheit geeigneter scheint für eine sachgerechte Debatte.

Mit freundlichen Grüßen


Judith Pirscher

FDP - Landtagsfraktion
Judith Pirscher
Referentin für Rechts- und
Innenpolitik, Hauptausschuss

Judith Pirscher FDP-Landtagsfraktion Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Klaus Stallmann MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Innere
Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

per Fax

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 - 2280
Telefax (0211) 884 - 3627

eMail judith.pirscher@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 24. April 2002

Sehr geehrter Herr Stallmann,

wie in der letzten Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform einvernehmlich, beantrage ich im Namen von Herrn Engel folgenden Tagesordnungspunkt für die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 2. Mai 2002:

Wachpolizei und taktisches Konzept der Polizei – ein Widerspruch?

Mit freundlichen Grüßen


Judith Pirscher

I.2

DIE GRÜNEN im Landtag NRW

Monika Düker MdL · Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

Monika Düker MdL
Innenpolitische Sprecherin

Herrn
Klaus Stallmann MdL
Vorsitzender des
Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform

- E. 8. 55 h -

Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

☎ 02 11/884-25 60

☎ 02 11/884-35 29

Monika.Dueker@landtag.nrw.de

<http://home.landtag.nrw.de/mdl/>

monika.dueker

im Hause

Düsseldorf, 30.04.2002

Ausschusssitzung am 02. Mai 2002 Dringliche Frage gemäß Anlage 8 der Geschäftsordnung

Sehr geehrter Herr Stallmann,

nach dem Amoklauf von Erfurt wird über notwendige innen- und bildungspolitische Konsequenzen diskutiert. Dabei wird auch eine weitere Verschärfung des in der letzten Woche vom Bundestag novellierten Waffenrechts in Erwägung gezogen.

Vor diesem Hintergrund richte ich folgende Dringliche Frage an die Landesregierung:

„Brauchen wir eine weitere Verschärfung des Waffenrechts?“

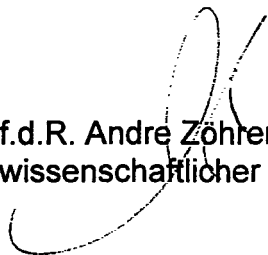
E: 2+

Mit freundlichen Grüßen

Monika Düker

1. Fax an MdL (A. Meindl)
2. E an alle Mitgl. des
AIVV + Refer. + Ref. I. 2.

f.d.R. Andre Zöhren
wissenschaftlicher Mitarbeiter



3. Wv.

30.04.02



I 2



CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen

Theo Kruse MdL
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

An den
Vorsitzenden des Innen-Ausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Klaus-Dieter Stallmann MdL

24. April 2002

- im Hause -

Beantragung eines Tagesordnungspunktes *Aktuellen Viertelstunde*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Landtagsfraktion beantrage ich für die nächste Sitzung des Innenausschusses am 02. Mai 2002 folgenden Tagesordnungspunkt:

- **Festnahme von Mitgliedern der Terrororganisation „Al Tawhid“**
-Bericht des Innenministeriums-

Mit freundlichen Grüßen

Theo Kruse
Theo Kruse

1. Fax an JM (H. Meier)
2. E an alle Mitgl.-ds
AIVV + Refer. + Ref. I.2
3. iVV.

24.04.02
J.



DIE GRÜNEN im Landtag NRW

Monika Düker MdL · Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

Monika Düker MdL
Innenpolitische Sprecherin

Herrn
Klaus Stallmann MdL
Vorsitzender des
Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform

Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

☎ 02 11/884-25 60

☎ 02 11/884-35 29

✉ Monika.Dueker@landtag.nrw.de

<http://home.landtag.nrw.de/mdl/>

monika.dueker

im Hause

Düsseldorf, 18.04.2002

Ausschusssitzung am 02. Mai 2002

Sehr geehrter Herr Stallmann,

seit Oktober vergangenen Jahres gibt es in NRW eine neue Praxis hinsichtlich der Regelanfragen bei Einbürgerungsverfahren. Für alle Fälle einer Ermesseneinbürgerung sowie bei Angehörigen bestimmter Staaten auch bei Anspruchseinbürgerungen, ist seitdem eine Regelanfrage bei der Verfassungsschutzbehörde vorgesehen. Über die Regelanfrage und deren Ergebnisse ist eine Statistik zu führen um die Relation zwischen Aufwand und Ergebnis überprüfen zu können. Die Bezirksregierungen werden gebeten, regelmäßig das Innenministerium über die Ergebnisse zu unterrichten.

Hiermit möchte ich vor diesem Hintergrund im Namen der Fraktion Bündnis90 / DIE GRÜNEN darum bitten, bei der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform einen Tagesordnungspunkt „Erkenntnisse aus der Regelanfrage bei Einbürgerungsverfahren“ vorzusehen.

Der Innenminister wird um einen Bericht gebeten.

1. Fax an IM (R. Minich)
2. E an alle Mitgl. des MIVV + Refer. + Hauptf. Finanz
3. WV.

18.04.02

Mit freundlichen Grüßen

gez. Monika Düker

i.A. Andre Zöhren
wiss. Mitarbeiter



*CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen*

Theo Kruse MdL
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

23. April 2002

I. 2

An den
Vorsitzenden des Innen-Ausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Klaus-Dieter Stallmann MdL

- im Hause -

Beantragung von zwei Tagesordnungspunkten

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Landtagsfraktion beantrage ich für die nächste Sitzung des Innenausschusses am 02. Mai 2002 folgende Tagesordnungspunkte:

- **Altersteilzeit für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte**
-Bericht des Innenministeriums-
- **Sicherheit an nordrhein-westfälischen Bahnhöfen und Flughäfen**
-Bericht des Innenministeriums-

Mit freundlichen Grüßen


Theo Kruse

